

Legitimation durch Dialog



Peter Rohland

Das Kursbuch ist wieder da. 1965 von Hans-Magnus Enzensberger gegründet, hatte es nach 169 Ausgaben im Jahr 2008 sein Erscheinen eingestellt. Über einen Zeitraum von knapp 50 Jahren war es eine wesentliche Plattform der gesellschaftspolitischen Debatten der (alten) Bundesrepublik. Das Kursbuch war mit seiner linksliberalen Denkungsart

ein Seismograph der gesellschaftspolitischen Themen, Herausforderungen und Fragen. Und nun ein Revival? Glaubt man den Herausgebern, dann wird das neue Kursbuch anders sein. Denn heute geht es – so die Herausgeber – nicht mehr darum, Thesen gegen das Schweigen zu behaupten, Fragen gegen ihre Tabuisierung durchzusetzen. Denn inzwischen wird alles thematisiert und gefragt, was möglich ist, vielleicht sogar mehr. Das neue Kursbuch will aber wieder ein Forum des gesellschaftlichen Diskurses sein, also ein Ort, an dem das geschieht, was an der Zeit ist. Was aber ist an der Zeit? Die Herausgeber kommen bei der Bewertung des Ausgangspunktes des neuen Kursbuches zu folgendem Befund:

„Wenn es ein Signum der gegenwärtigen modernen Gesellschaft gibt, dann ist es dies: Die Gesellschaft lässt sich nicht mehr aus einer zentralen Perspektive her denken – und damit auch nicht aus einer Gegenperspektive, was das Geschäft der Kritik, der Reflexion, der Analyse schwieriger macht. Es ist keine gemeinsame Perspektive, kein Konsens, kein Fluchtpunkt mehr denkbar, den angemessen zu erreichen die Kritik und das Kritisierte miteinander streiten – nicht einmal ein gemeinsamer Dissens. Unsere heutige Erfahrung ist eben eher die, dass die Gesellschaft nicht nur aus unterschiedlichen Perspektiven besteht, sondern dass diese unterschiedlichen Perspektiven auch mit dem besten Willen nicht zu einer richtigen oder einer legitimen und alternativlosen Seh- und Sprechweise hin aufgehoben werden können.

Fast jede gesellschaftliche Herausforderung – ob es um Krisen vielfältiger Art geht, ob es um technologische Lösungen für Probleme geht, ob es um Führung und Organisationen, um das gute Leben oder seinen Sinn geht – erscheint heute aus unterschiedlichen Perspektiven je unterschiedlich. Das war schon immer so – aber die Differenz der Perspektiven wird nun als ebenso unvermeidlich wie legitim angesehen.

Kann man immer noch behaupten, dass eine politische Perspektive besser ist als eine wirtschaftliche? Dass Wissenschaft es stets besser weiß als alle anderen? Dass Religion und Kunst tatsächlich nur Beiwerk sind? Dass Moral stets gut ist oder ethische Gründe immer die besseren Gründe ins Feld führen? Dass sich unterschiedliche politische, ökonomische, wissenschaftliche oder ästhetische Entscheidungen notwendigerweise kategorial ausschließen? – Man kann schon, wird aber die ganz praktische Erfahrung machen, dass andere Perspektiven mit ihren eigenen Geltungsansprüchen und Erfolgskriterien darauf reagieren.“ (Armin Nassehi/Peter Felixberger, 2012: Ein Anfang, in Kursbuch 170, S. 5/6)

Das sind nicht nur neue Fragen, es sind vor allem ganz neue Konstellationen. Was hat nun dieser Befund mit der Arbeit des vhw bzw. dem von ihm initiierten Städtenetzwerk und dessen Ziel einer Stärkung der lokalen Demokratie durch bürgerorientierte Integrierte Stadtentwicklung zu tun? Wenn diese Perspektivendifferenz legitim ist, dann hat dies Auswirkungen auf die Frage von Produktion bzw. Reproduktion von demokratischer Legitimität. Ein Blick auf den Wandel des Legitimationsdenkens zeigt indes, welche Anstrengungen notwendig sind, um die etablierten demokratischen Verfahren und Institutionen „in die Zeit zu setzen“. In den 1960er Jahren hat Niklas Luhmann den Begriff Legitimität beschrieben als „die fraglose Hinnahme bindender Entscheidungen des politischen Systems, die unabhängig von konkreten persönlichen Motivationsstrukturen durch Institutionalisierung sichergestellt sei. Legitimität entlastet die Regierenden von den Zumutungen der Motivlagen der Entscheidungsbetroffenen und erzeuge eine ‚Verselbständlichung des Hinnehmens‘“. (Niklas Luhmann, 1969:, Legitimation durch Verfahren)

Auch wenn Luhmanns Position bereits damals nicht unumstritten war, so ist es doch ein weiter Weg zu der heute von der Politikwissenschaft herausgearbeiteten Definition, die (in Anlehnung an David Beetham) politische Herrschaft dann als legitim ansieht, wenn die durch sie produzierten, kollektiv bindenden Normen und Regeln auf geteilten Überzeugungen über das Gemeinwohl und über die prozedurale Fairness beruhen. Statt der fraglosen Hinnahme von Entscheidungen auf Grund von Verfahren verbinden wir heute mit dem Begriff der Legitimität ein stetes Ringen um Zustimmung und Rechtfertigung für politische Herrschaftsformen. Legitimität ist diskursiv geworden. Oder anders gewendet: Der Diskurs – bezogen auf die Legitimität politischer Verfahren – ist das Instrument mit dem Umgang der Perspektivendifferenz. Hierbei sind diese Differenzen mit Nassehi weder als Chance noch als Defekt zu

begreifen, sondern als schlichte Realität der Moderne – ob wir nun wollen oder nicht.

Beitrag zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens

Wer diesem Befund zustimmt und sich – wie der vhw – qua Satzung verpflichtet hat, in dem von ihm wahrgenommenen Handlungsfeld Stadtentwicklung einen Beitrag zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens zu leisten, wird sich auf die Suche nach einem Weg aus diesem Dilemma machen müssen. Wie dieses Dilemma konkret überwunden werden kann und wie der Prozess nachhaltiger zukunftsfähiger Politik demokratisch gelingt, ist eine zu lange vernachlässigte Frage nach den prozeduralen Kapazitäten und Kompetenzen von Politik. Das erfordert aber neue institutionelle Arrangements der Information und Kommunikation mit dem Bürger. Der vhw sieht insoweit einen erfolgversprechenden Weg in der Transformation des deliberativen Demokratiemodells in das Handlungsfeld Stadtentwicklung. Er setzt auf einen von einem deliberativen Grundverständnis getragenen Dialog als die wesentliche Legitimationsressource für die Dialogverfahren im Städtenetzwerk. Das deliberative Dialogverfahren wird so zum institutionellen Mittel der Produktion bzw. Reproduktion von Legitimität.

Kern des deliberativen Dialogs ist der Versuch, politische Entscheidungen bzw. Entscheidungsvorschläge mit Hilfe von Gruppendiskussionen zu generieren. Deliberation bezeichnet dabei eine anspruchsvolle Art der Kommunikation, in der nur der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ zählt. Diese Art der Auseinandersetzung erhöht die Rationalitätsstandards des Dialoges, da sie Transparenz, d.h. Offenlegung von Informationen und Interessen erfordert. Damit gerät das Erfordernis partizipatorischer und offener Prozeduren in den Mittelpunkt. Es ist vor allem der diskursive, auf Konsens unter Gleichberechtigten ausgerichtete Charakter vorangegangener Beratungen, der der Mehrheitsentscheidung im politischen Prozess ihre legitimierende Kraft verleiht. Der normative Kern des deliberativ-demokratischen Prinzips liegt damit in der Idee der allseits anerkannten Vernunftorientierung und der Rechtfertigungsverpflichtung gegenüber Bürgern, die von einer Entscheidung betroffen sind.

Veränderung der politischen Kultur auf kommunaler Ebene

Von einem solchen Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft verspricht sich der vhw, dass er nicht nur bessere und auch besser legitimierte Entscheidungen sowie geringere Implementationskosten hervorbringt, er sieht hierin vor allem einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Lokalen Demokratie, insbesondere im Handlungsfeld der Integrierten Stadtentwicklung. Allerdings dürfen diese deliberativen Verfahren nicht mit unrealistischen und hohen kurz-

fristigen Hoffnungen belastet werden. Auch diese Verfahren benötigen Zeit, um sich zu beweisen und die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Denn eine zentrale Hoffnung, die sich erst nach mehreren Jahren des kontinuierlichen Einsatzes dieser Beteiligungsform zeigen wird, ist die Veränderung der politischen Kultur auf kommunaler Ebene.

Der vhw ist sich allerdings bewusst, dass er mit dem Rückgriff auf das deliberative Verfahren ein Wagnis eingeht. Denn das zentrale, in der Roadmap des Verbandes und der Bündniserklärung des Städtenetzwerkes zum Ausdruck kommende Anliegen des Verbandes ist, die Stadtgesellschaft insgesamt und damit auch „politikferne Gruppen“ in den Diskurs über die Zukunft unserer Städte einzubinden. Dieses Ziel darf nicht in Frage gestellt werden. Denn für den vhw ist es ein Ausweis demokratischer Qualität, dass alle relevanten und legitimen Interessen der Stadtgesellschaft im stadtentwicklungspolitischen Diskurs gleichgewichtig repräsentiert sind. Diese Produktion von Legitimität ist für uns zuallererst die Produktion von Inklusion.



Peter Rohland
Vorstand des vhw e.V., Berlin

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH
Hinter Hoben 149, 53129 Bonn
Telefon: 0228/72599-30
Telefax: 0228/72599-19
E-Mail: verlag@vhw.de

